

01 - Büro der Oberbürgermeisterin  
Frau Kamionka

Datum:  
16.06.2023

## **Antrag**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

**Antrag "Integrationsbeirat stärken" (Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 15.06.2023, eingegangen am 15.06.2023)**

### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	27.06.2023	Verwaltungsausschuss
Ö	29.06.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

s. Antrag "Integrationsbeirat stärken" (Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 15.06.2023, eingegangen am 15.06.2023) und Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2023, eingegangen am 15.06.2023

### **Anlagen:**

Antrag "Integrationsbeirat stärken" (Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 15.06.2023, eingegangen am 15.06.2023)  
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 15.06.2023, eingegangen am 15.06.2023

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

---



Kreisverband Lüneburg



Kreisverband Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

---

Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

15.Juni 2023

### **Integrationsbeirat stärken!**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen sowie die Gruppe Die Partei/Die Linke beantragen zur Sitzung des Rates gemeinsam, der Rat möge beschließen:

Aus dem gemeinsamen Integrationsbeirat soll jeweils ein Vertreter mit Migrationshintergrund als beratendes Mitglied mit Rederecht in den unten aufgeführten Ausschüssen der Hansestadt Lüneburg aufgenommen werden:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt
- Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung,
- Mobilitätsausschuss,
- Schulausschuss,
- Ausschuss für Sport,
- Ausschuss für Partnerschaft und Kultur,
- Jugendhilfeausschuss.

#### Begründung:

Der gemeinsame Integrationsbeiratsrat der Hansestadt Lüneburg und des Landkreises Lüneburg soll gestärkt werden, um politische Teilhabe der Migranten zu ermöglichen und zu stärken. Die Perspektiven und Bedürfnisse der migrantischen Bevölkerung der Hansestadt soll durch ihre Beteiligung in den Ausschüssen der Stadt sichergestellt werden und so zu einem demokratischen und friedlichen Zusammenleben beitragen.

Dabei soll ein Mandat nach §71 (7) NkomVG angestrebt werden.

Die Hansestadt Lüneburg hat sich den Nachhaltigkeitszielen der UNO (Sustainable Development Goals, SDGs) verpflichtet. Der Homepage der Hansestadt entnehmen wir, dass bei allen Beschlüssen der

Hansestadt die Klimaauswirkungen und die Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden (seit November 2021).

Daraus ergibt sich, dass auch insb. die folgenden Nachhaltigkeitsziele für alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden sollen:

- Gesundheit und Wohlergehen
- Weniger Ungleichheiten
- Frieden und Gerechtigkeit und starke Institutionen
- Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, die o.g. Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.
- 

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Schröder-Ehlers

Andrea Kabasci

Vivienne Widawski

—

Frau Oberbürgermeisterin  
Claudia Kalisch  
Rathaus  
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 15. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zum Antrag "Integrationsbeirat stärken" stellen wir den folgenden Änderungsantrag:

1. Der Vertreter bzw. die Vertreterin, den bzw. die der Integrationsbeirat für Hansestadt und Landkreis Lüneburg in die im Antrag genannten Ausschüsse entsendet, muss den Erstwohnsitz in der Hansestadt Lüneburg haben.
2. Auch im Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten soll eine Vertreterin/ein Vertreter des Integrationsbeirats für Hansestadt und Landkreis Lüneburg als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht Mitglied werden.
3. §71 Abs 7 Satz 2 (Mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder sollen Abgeordnete sein) soll keine Anwendung finden.

Für die Fraktion



Frank Soldan

**Stellungnahme zum interfraktionellen Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 15.06.2023 sowie des Änderungsantrags der FDP-Fraktion vom 15.06.2023 „Integrationsbeirat stärken“**

Es wird beantragt, jeweils ein Mitglied mit Migrationshintergrund aus dem Integrationsbeirat Stadt und Landkreis Lüneburg als beratendes Mitglied mit Rederecht in folgende Ausschüsse des Rates der Hansestadt Lüneburg aufzunehmen:

- Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt
- Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung,
- Mobilitätsausschuss,
- Schulausschuss,
- Ausschuss für Sport,
- Ausschuss für Partnerschaft und Kultur,
- Jugendhilfeausschuss.

Der Änderungsantrag nimmt zusätzlich den Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten in die Liste der zu berücksichtigten Ausschüsse auf. Ferner wird die Einschränkung beantragt, dass das jeweilige Mitglied seinen Wohnsitz in der Hansestadt Lüneburg haben solle und § 71 Abs. 7 Satz 2 NKomVG außer Acht bleibt.

Die Entscheidung über die Aufnahme beratender Mitglieder in die Fachausschüsse des Rates obliegt gem. § 71 NKomVG dem Rat als innerorganisatorische Angelegenheit.

Auch wenn grundsätzlich wenigstens zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses Ratsmitglieder sein sollen, so kann der Rat dennoch eine Abweichung hiervon beschließen.

Seitens der Verwaltung wird daher lediglich darauf aufmerksam gemacht, dass künftig der Haushaltsansatz für Aufwandsentschädigungen entsprechend angepasst werden muss und für das Haushaltsjahr 2023 möglicherweise die veranschlagten Mittel nicht ausreichen werden.

Kamionka

Kosten für die Erstellung der Stellungnahme: 80, 00 €  
Dauer: etwa 1 Stunde